



---

**Resolution 2032 (2011)**

**verabschiedet auf der 6699. Sitzung des Sicherheitsrats  
am 22. Dezember 2011**

*Der Sicherheitsrat,*

*unter Hinweis* auf seine früheren Resolutionen und die Erklärungen seines Präsidenten betreffend die Situation in Sudan und Südsudan und insbesondere die Resolutionen 1990 (2011) und 2024 (2011),

*in Bekräftigung* seines Bekenntnisses zu den Grundsätzen der Souveränität und territorialen Unversehrtheit sowie zu Frieden, Stabilität und Sicherheit in der gesamten Region,

*erklärend*, dass er der vollständigen und umgehenden Regelung aller noch offenen Fragen des Umfassenden Friedensabkommens Vorrang beimisst,

*in Bekräftigung* seiner früheren Resolutionen 1674 (2006) und 1894 (2009) über den Schutz von Zivilpersonen in bewaffneten Konflikten, 1612 (2005), 1882 (2009) und 1998 (2011) über Kinder und bewaffnete Konflikte, 1502 (2003) über den Schutz von humanitärem Personal und Personal der Vereinten Nationen und 1325 (2000), 1820 (2008), 1888 (2009) und 1889 (2009) über Frauen und Frieden und Sicherheit,

*unter Hinweis* auf die Verpflichtungen, die die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans in dem Abkommen vom 20. Juni zwischen der Regierung Sudans und der Sudanesischen Volksbefreiungsbewegung über vorläufige Regelungen für die Verwaltung und Sicherheit des Gebiets Abyei, dem Abkommen vom 29. Juni zwischen der Regierung Sudans und der Regierung Südsudans über Grenzsicherheit und den Gemeinsamen Mechanismus für politische und Sicherheitsfragen und dem Abkommen vom 30. Juli zwischen der Regierung Sudans und der Regierung Südsudans über die Unterstützungsmission für die Grenzüberwachung eingegangen sind,

*begrüßend*, dass die Präsidenten Sudans und Südsudans am 9. Oktober zusammentrafen und die Absicht bekundeten, ihre Streitigkeiten auf friedlichem Wege beizulegen,

*betonend*, dass beide Länder viel zu gewinnen haben, wenn sie Zurückhaltung üben und den Weg des Dialogs einschlagen, anstatt auf Gewalt oder Provokationen zurückzugreifen,

*in Würdigung* der den Parteien von der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union und ihrem Vorsitzenden, Präsident Thabo Mbeki, dem äthiopischen Minis-



terpräsidenten, Meles Zenawi, dem Sonderbeauftragten des Generalsekretärs, Haile Menkerios, und dem Missionsleiter der Interims-Sicherheitsgruppe der Vereinten Nationen für Abyei (UNISFA), Generalleutnant Tadesse Werede Tesfay, auch weiterhin geleisteten Hilfe,

*Kenntnis nehmend* von der anhaltenden Bereitschaft der Vereinten Nationen und der internationalen Gemeinschaft, den Parteien bei der Aufstellung und Anwendung von Regelungen für die gegenseitige Sicherheit zur Unterstützung der Ziele des Umfassenden Friedensabkommens behilflich zu sein,

*in Würdigung* der raschen Entsendung der UNISFA in das Gebiet Abyei und der diesbezüglichen Anstrengungen der Vereinten Nationen und der Regierung Äthiopiens,

*mit der nachdrücklichen Aufforderung* an die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans, die Verhandlungen mit den Vereinten Nationen über ein Abkommen über die Rechtsstellung der Truppen rasch abzuschließen,

*eingedenk* dessen, wie wichtig die Kohärenz der Hilfe der Vereinten Nationen in der Region ist,

die Anstrengungen *begrüßend* und *befürwortend*, welche die Vereinten Nationen unternehmen, um das Friedenssicherungspersonal im Hinblick auf die Prävention und Eindämmung von HIV/Aids und anderen übertragbaren Krankheiten bei allen ihren Friedenssicherungseinsätzen zu sensibilisieren,

*in großer Sorge* über alle Gewalthandlungen, die im Gebiet Abyei unter Verstoß gegen das humanitäre Völkerrecht und die internationalen Menschenrechtsnormen an Zivilpersonen begangen werden, namentlich die Tötung und Vertreibung einer beträchtlichen Zahl von Zivilpersonen,

*betonend*, dass die Einhaltung der Menschenrechte wirksam überwacht werden muss,

*begrüßend*, dass das Gemeinsame Aufsichtskomitee für Abyei am 13. Dezember zusammentrat und die dringende Notwendigkeit bekräftigte, die Bereitstellung humanitärer Hilfe an alle betroffenen Gemeinschaften im Gebiet Abyei zu erleichtern,

*in großer Sorge* über die anhaltende Präsenz von Militär- und Polizeipersonal aus Sudan und Südsudan im Gebiet Abyei, die gegen das Abkommen vom 20. Juni verstößt, eine Gefahr für die sichere Wanderung der Nomaden der Misseriya und die Rückkehr der Flüchtlinge der Ngok Dinka in ihre Heimatorte darstellt und die UNISFA an der vollständigen Durchführung ihres Mandats hindert,

*besorgt* über die Verzögerungen bei der Einrichtung der Gebietsverwaltung für Abyei,

*feststellend*, dass bei der Einrichtung des Polizeidiensts von Abyei, einschließlich einer mit besonderen Fragen im Zusammenhang mit der nomadischen Wanderung befassten Sondereinheit, keine Fortschritte erzielt worden sind,

*besorgt* über die Verzögerungen bei der Räumung von Landminen im Gebiet Abyei, die die sichere Rückkehr der Binnenvertriebenen in ihre Heimatorte verhindern,

entschlossen *erklärend*, dass der künftige Status von Abyei durch Verhandlungen zwischen den Parteien in einer mit dem Umfassenden Friedensabkommen vereinbaren Weise und nicht durch einseitige Maßnahmen einer der Parteien geregelt werden soll, und *mit der Aufforderung* an alle Parteien, sich konstruktiv an Verhandlungen im Hinblick auf eine endgültige Vereinbarung über den Status von Abyei zu beteiligen,

*in großer Sorge* über die Berichte über eine Konzentration von Streitkräften Sudans und Südsudans nahe ihrer gemeinsamen Grenze und über Hetzreden beider Seiten, die die Gefahr einer direkter Konfrontation zwischen ihnen erhöhen,

*in der Erkenntnis*, dass die derzeitige Situation in Abyei und entlang der Grenze zwischen Sudan und Südsudan eine Bedrohung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit darstellt,

1. *beschließt*, das in Ziffer 2 der Resolution 1990 (2011) festgelegte und mit Resolution 2024 (2011) geänderte Mandat der Interims-Sicherheitsstruppe der Vereinten Nationen für Abyei (UNISFA) sowie, tätig werdend nach Kapitel VII der Charta der Vereinten Nationen, die in Ziffer 3 der Resolution 1990 (2011) festgelegte Aufgabenstellung um einen Zeitraum von 5 Monaten zu verlängern;

2. *ist sich dessen bewusst*, dass die UNISFA ihr Mandat nur dann wirksam durchführen kann, wenn die Regierungen Sudans und Südsudans die zwischen den beiden Parteien und mit den Vereinten Nationen vereinbarten Verpflichtungen erfüllen;

3. *verlangt*, dass die Regierungen Sudans und Südsudans im Einklang mit ihren Verpflichtungen aus dem Abkommen vom 20. Juni alle verbleibenden Militär- und Polizeikräfte sofort und ohne Vorbedingungen aus dem Gebiet Abyei verlegen und die Einrichtung der Gebietsverwaltung für Abyei und des Polizeidiensts von Abyei umgehend abschließen;

4. *fordert* die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans *nachdrücklich auf*, den Gemeinsamen Mechanismus für politische und Sicherheitsfragen zur Regelung der noch offenen Fragen betreffend die endgültige Festlegung der sicheren entmilitarisierten Grenzzone, die Beilegung der Streitigkeiten um Grenzgebiete, die Markierung der Grenze und die Kartierung der Grenzzone zu nutzen;

5. *fordert* alle Mitgliedstaaten, insbesondere Sudan und Südsudan, *auf*, sicherzustellen, dass das gesamte Personal sowie die Ausrüstung, die Verpflegung, die Versorgungs- und sonstigen Güter, einschließlich Fahrzeugen, Luftfahrzeugen und Ersatzteilen, die für den ausschließlichen und offiziellen Gebrauch der UNISFA bestimmt sind, frei, ungehindert und rasch aus und nach Abyei sowie innerhalb der gesamten sicheren entmilitarisierten Grenzzone verbracht werden können;

6. *fordert* die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans *nachdrücklich auf*, uneingeschränkt zusammenzuarbeiten und die UNISFA voll zu unterstützen, damit sie ihr Mandat vollständig durchführen kann;

7. *ersucht* die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans, den Einsatz des Dienstes der Vereinten Nationen für Antiminenprogramme sowie die Erfassung und Räumung von Minen im Gebiet Abyei zu erleichtern;

8. *fordert* die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans *auf*, ihre im Umfassenden Friedensabkommen eingegangene Verpflichtung zur friedlichen Regelung des endgültigen Status von Abyei umgehend zu erfüllen, und fordert sie auf, die von der Hochrangigen Umsetzungsgruppe der Afrikanischen Union vorzulegenden Vorschläge zur Regelung dieser Angelegenheit in redlicher Absicht zu prüfen;

9. *fordert* alle beteiligten Parteien *nachdrücklich auf*, im Einklang mit dem anwendbaren humanitären Völkerrecht dem humanitären Personal vollen, sicheren und ungehinderten Zugang zu hilfebedürftigen Zivilpersonen zu gewähren und alle für seine Tätigkeit notwendigen Einrichtungen bereitzustellen;

10. *ersucht* den Generalsekretär, für eine wirksame Überwachung der Einhaltung der Menschenrechte und die Aufnahme der Ergebnisse in seine Berichte an den Rat zu sorgen, und *fordert* die Regierung Sudans und die Regierung Südsudans *auf*, zu diesem Zweck uneingeschränkt mit dem Generalsekretär zusammenzuarbeiten;

11. *ersucht* den Generalsekretär, die erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass die UNISFA die Nulltoleranzpolitik der Vereinten Nationen gegenüber sexueller Ausbeutung und sexuellem Missbrauch uneingeschränkt beachtet, und den Rat über Fälle solchen Verhaltens unterrichtet zu halten;

12. *betont*, dass eine verbesserte Zusammenarbeit zwischen der Regierung Sudans und der Regierung Südsudans auch für den Frieden, die Sicherheit und die Stabilität und für ihre künftigen Beziehungen von grundlegender Bedeutung ist;

13. *ersucht* den Generalsekretär, den Rat auch weiterhin alle 60 Tage über die Fortschritte bei der Durchführung des Mandats der UNISFA unterrichtet zu halten, ihm jeden schweren Verstoß gegen die genannten Abkommen auch künftig sofort zur Kenntnis zu bringen sowie Möglichkeiten zur Stärkung der Zusammenarbeit der Missionen in der Region zu erkunden und umzusetzen;

14. *beschließt*, mit der Angelegenheit aktiv befasst zu bleiben.

---